



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 30. November 2020  
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

### **A 430 Anfrage Brücker Urs und Mit. über die Pensionskasse der Musiklehrpersonen / Bildungs- und Kulturdepartement**

Die Anfrage A 430 wurde auf die November-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.

Urs Brücker hält an der Dringlichkeit fest.

Urs Brücker: Das hohe politische Gewicht eines Vorstosses ist natürlich sehr subjektiv. Ich denke, dass man angesichts der Probleme von Corona geteilter Meinung sein kann, ob etwas ein hohes politisches Gewicht hat. Dringlich ist aber meine Anfrage ganz sicher. Per 30. November 2020 sind die Gemeinden aufgefordert, Stellung dazu zu beziehen, ob sie die Pensionskassenbeiträge zahlen wollen oder nicht. Die Gemeinden sind sich hier nicht einig, und es steht auch noch im Raum, ob der Kanton allenfalls diese Zahlungen übernehmen würde. Die Gemeinden müssen also heute über die nicht budgetierten Zahlungen, die sie leisten sollten, Bescheid wissen und selbstverständlich auch die Musiklehrpersonen. Die älteren, die vor der Pension stehen, möchten spätestens vor Weihnachten wissen, was sie an Beiträgen der Pensionskasse zu erwarten haben. Ich halte an der Dringlichkeit fest.

Gaudenz Zemp: Es ist sicher so, dass das für die Musiklehrpersonen ein sehr wichtiges Geschäft ist. Wie es Urs Brücker gesagt hat, muss dies offenbar schnell geklärt werden und vor allem auch fair. Bezüglich der ausserordentlichen Bedeutung: Ich habe bis zu dieser Anfrage nicht einmal gewusst, dass es hier ein Problem gibt. Ich nehme an, dass das den meisten Personen in diesem Saal so ging. Auch die Bevölkerung wartet wohl nicht darauf, dass wir als Kantonsrat schnell dazu Stellung nehmen. Die FDP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit deshalb ab.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich bitte Sie, der Dringlichkeit nicht stattzugeben. Wir sprechen hier von der Umsetzung eines Projektes, welches von Ihrem Parlament, aber auch von der Bevölkerung gutgeheissen wurde. Die Gemeinden sind im Moment noch für diese Lehrpersonen zuständig und machen nun eine Rückmeldung an die Dienststelle. Es kann nicht sein, dass die Diskussion im Kantonsrat über eine Meldung der Gemeinde an eine Dienststelle gleichentags dringlich behandelt wird.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.